

Frankfurter Allgemeine  
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Nerven blank

Jetzt ist auch noch der Staatspräsident empört über die aus italienischer Sicht ungezogene Art, in der sein Land in Gestalt des Regierungschefs von Präsident Sarkozy und Kanzlerin Merkel behandelt worden sei. Zuvor hatte sich schon Berlusconi, der selbst gerne deftig aussteilt, Lektionen verbeten. Tatsächlich ist es nicht besonders taktvoll, einem EU-Partner das Gefühl zu geben, er werde lächerlich gemacht. So viel Theatralik auf offener Bühne wie am Sonntag in Brüssel muss nicht sein. Auf einem anderen, sachlichen Blatt stehen die Unzulänglichkeiten der Reform- und Sparbeschlüsse Roms und die Uneinigkeit der Koalitionsparteien. Selbst wenn die Lega etwa eine Erhöhung des Renteneintrittsalters brück von sich weist und dafür Neuwahlen in Kauf nimmt, so kann sie sich wie Berlusconi nicht der Einsicht verweigern, dass Italien solide Wachstumsperspektiven braucht, welche die Regierung dem Land bisher nicht eröffnet hat. Dies zu fordern ist nicht ungebührlich, sondern geboten. Die Krise in der Eurozone legt kühl die Defizite der Mitglieder frei; deswegen ist der Druck so groß. Deswegen liegen die Nerven blank. K.F.

## Störenfriede

Für Blogger, mehr noch für deren Gastgeber im Internet („Bloghoster“) ist die Störerhaftung eine lästige Sache. Sorgt sie doch dafür, dass sich Kläger an jemanden halten können, auch wenn der „eigentlich“ mit der Sache nichts zu tun hat. Unter Bloggern, die gerne an andere Maßstäbe anlegen, die sie für sich selbst nicht gelten lassen, ist die Anonymisierung eine beliebte Tarnkappe, man könnte auch sagen: Narrenkappe. Wird sie missbraucht, hat es der Missbrauchte schwer, sich zu wehren – wenn es die Störerhaftung nicht gibt. Der Bundesgerichtshof hat sein Urteil gegen Google als beklagten Bloghost dennoch nach zwei Seiten ausgerichtet: Der amerikanische Betreiber kann sich nicht hinter kalifornischem Recht verstecken, und die Blogger können nicht so tun, als gelte für sie nur die Meinungs- und Pressefreiheit, nicht aber der Schutz der Persönlichkeit. Der Gerichtshof hat aber auch klargestellt, dass nicht jede Beschwerde einen Blogger zum Störer macht, dass die Beweislast vielmehr beim Beschwerdeführer liegt. Das wird das Unwesen des anonymen Anschwärmens nur unzureichend eindämmen. kum.

## Auf Sieg gesetzt

Die Münchner SPD setzt auf Sieg – nicht in der Landeshauptstadt, sondern im Freistaat. Sie will den Ministerpräsidenten stellen und bietet dafür den besten sozialdemokratischen Wahlkämpfer Bayerns, den gegenwärtigen Oberbürgermeister Ude, auf. Regierte er von 2013 an das Land, wäre es ziemlich wurscht, welcher Sozialdemokrat unter ihm Rathauschef in München würde. In weiser Voraussicht haben die SPD-Ortsvereinsvorsitzenden den überraschend wenig bekannten Wirtschaftsdezernenten Reiter aus Udes gegenwärtiger Mannschaft für das Amt des Oberbürgermeisters nominiert. Bekanntere Kandidaten sind an der Parteibasis nicht so gut angekommen. Sehr weit-sichtig war das aber nicht, denn falls aus Udes Traum, in die Staatskanzlei zu wechseln, nichts wird, müsste Reiter sich zwar erst zum regulären Termin der Wahl stellen. Doch die SPD hätte die Chance vergeben, eine bekannte Frau oder den talentiertesten Mann auf den Schild zu heben, und das in einer Lage, in der es für diese Partei (wieder) keinen Landesvater-Bonus gäbe. Doch daran wagt die SPD überhaupt nicht zu denken. G.H.

# Amerikanischer Druck und türkisches Interesse

Deutschland schloss das Anwerbeabkommen mit der Türkei nur zögerlich / Von Uta Rasche

Am 2. November werden Bundeskanzlerin Merkel und der türkische Ministerpräsident Erdogan den 50. Jahrestag des Anwerbeabkommens zwischen der Türkei und Deutschland feiern. In den Reden wird dann zu hören sein, dass es türkische Arbeiter waren, die nach dem Krieg Deutschland wiederaufgebaut und das deutsche Wirtschaftswunder erst ermöglicht hätten. Keiner dieser Sätze stimmt so ganz. Zwar waren 1961 in den Städten noch manche Kriegsschäden sichtbar. Doch die meisten „Gastarbeiter“, wie die Einwanderer bis in die achtziger Jahre genannt wurden, arbeiteten nicht im Baugebiet, sondern in der Automobilindustrie. Und das Wirtschaftswunder war 1961, zum Zeitpunkt des Anwerbeabkommens, bereits in vollem Gange. Seine Voraussetzungen waren der Marshall-Plan und die Währungsreform des Jahres 1948; als sein Ende gilt die erste große Rezession nach dem Krieg in den Jahren 1966/67. Die nachträgliche Deutung, Einwanderer hätten das deutsche Wirtschaftswunder erst ermöglicht, ist in erster Linie Ausdruck des Verlangens des türkischstämmigen Bevölkerungsteils nach Wertschätzung. Gerade in türkischsprachigen Medien wird dieser Satz bei der Betrachtung der fünfzigjährigen Migrationsgeschichte wie ein Mantra wiederholt. Wenn deutsche Politiker, wie etwa Bundespräsident Christian Wulff beim Staatsbesuch des türkischen Präsidenten Gül, auf diese Weise die Leistung der Türken in Deutschland würdigen, muss man darin vor allem das Bemühen sehen, den Einwanderern Respekt zu zollen, sie für sich einzunehmen und durch Narration so etwas wie eine „gemeinsame Geschichte“ entstehen zu lassen.

Das Anwerbeabkommen, geschlossen am 30. Oktober 1961 in Bad Godesberg, kam von deutscher Seite aus eher widerwillig zustande. Amerikanischer Druck und das Interesse der Türkei waren ausschlaggebend, wie die Karlsruher Wirtschaftshistorikerin Heike Knortz („Diplomatische Tauschgeschäfte“) nachweisen konnte. Von Ankara nämlich ging die Initiative aus, ein Abkommen zur Entsendung von Arbeitskräften zu schließen,

wie es Italien (1955) und Spanien (1960) mit Deutschland bereits getan hatten. Ziel der Türkei war es, ihr Handelsbilanzdefizit gegenüber Deutschland durch die Rücküberweisungen der „Gastarbeiter“ auszugleichen. Auch wollte die türkische Regierung Druck vom eigenen Arbeitsmarkt nehmen und den Zustrom der Landbevölkerung in die Großstädte bremsen. Von den Rückkehrern versprach man sich Investitionen in die heimische Wirtschaft sowie den Transfer von Wissen.

Die Türkei nahm mit ihrer Anfrage Bezug auf eine Initiative des Bundespräsidenten Theodor Heuss. Er hatte 1957 während einer Reise nach Ankara in Aus-

**Wegmarken der Geschichte 1961**  
Vor fünfzig Jahren setzte mit dem Anwerbeabkommen die türkische Migration ein.

sicht gestellt, dass junge Türken im Rahmen ihrer Berufsausbildung eine Zeitlang in Deutschland arbeiten könnten. 1958 kamen etwa 150 „Heuss-Türken“, die überwiegend bei den Kölner Ford-Werken arbeiteten.

1961 lehnte Arbeitsminister Theodor Blank (CDU) das Ansinnen der Türkei zunächst ab. Die kulturelle Distanz zu dem islamisch geprägten Land erschien ihm zu groß. Doch die Amerikaner sahen in der Türkei, die Nato-Mitglied geworden war, einen wichtigen strategischen Partner, um die Südostflanke des Bündnisses zu sichern. Auch hatte sich die Türkische Republik 1959 um die Mitgliedschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beworben. Auf deutscher Seite überwogen schließlich außenpolitische Erwägungen: Das Außenministerium nahm dem widerwilligen Arbeitsminister die Verhandlungsführung ab. Blanks Bedenken wurden insofern Rechnung getragen, als ausschließlich ledige Arbeiter aus dem europäischen Teil der Türkei jeweils nur für zwei Jahre kom-

men sollten. Als begünstigender Faktor für das deutsch-türkische Anwerbeabkommen kam im Sommer 1961 der Bau der Berliner Mauer hinzu: Der Zustrom von Fachkräften aus dem Osten Deutschlands, der bis dahin einen guten Teil des wachsenden Arbeitskräftebedarfs der westdeutschen Wirtschaft gedeckt hatte, brach ab.

Für die anfangs unbeabsichtigte Verstärkung der Migration waren unter anderem die Arbeitgeber verantwortlich: Ihnen passte die Rotationspflicht nicht. Denn für sie war es unwirtschaftlich, angelernte Kräfte nach zwei Jahren durch ungelernete zu ersetzen. Die Rotation wurde 1964 abgeschafft. Auch wiesen sie darauf hin, dass es für den einzelnen Arbeiter eine stabilisierende Wirkung habe, Frau und Kinder um sich zu haben. Männer-Wohnheime konnten aus ihrer Sicht als Unterkunft nicht die Dauerlösung sein. Lediglich die Gesundheitsprüfung blieb streng: Zähne, Haltung, Muskeln, sogar die Geschlechtsorgane wurden begutachtet. Im Interesse der Arbeitgeber war es, gesunde Menschen in ihrem leistungsfähigsten Alter herzuholen: Ungelernte Arbeiter durften nicht älter als 30 sein, Bergleute nicht älter als 35, qualifizierte Kräfte nicht älter als 45 Jahre. Jede fünfte Angeworbene war eine Frau. Nur jeder dritte Angeworbene war ein Facharbeiter; die anderen waren Ungelernte, die oftmals in der Landwirtschaft tätig gewesen waren. Mehr als drei Viertel derjenigen, die sich bei der Deutschen Verbindungsstelle um Arbeit bewarben, kamen von außerhalb Istanbul.

Das Interesse an einer Auswanderung war weit größer als das Angebot an Stellen: Zwischen Oktober 1961 und November 1973, dem Zeitpunkt des Anwerbestopps, bewarben sich etwa 2,7 Millionen Türken bei der Verbindungsstelle, nur jeder Vierte wurde tatsächlich vermittelt. Manche Firmen suchten aber auch in der Türkei auf eigene Faust nach Arbeitern; andere verließen sich auf Empfehlungen von schon bei ihnen tätigen Türken, die dann Verwandte und Bekannte nachholten.

Obwohl es so nie beabsichtigt war, wurde das deutsch-türkische Anwerbeabkom-

men zum Beginn einer in Europa beispiellosen Migration. Lebten bis zu dem Abkommen etwa 6800 türkische Staatsangehörige in Deutschland, waren es zum Zeitpunkt des Anwerbestopps, den die Regierung Brandt infolge der ersten Ölkrise verhängte, etwa 800 000. Das Ziel jedoch, damit die Einwanderung türkischer Staatsbürger nach Deutschland zu beenden, erreichte der Anwerbestopp nicht, im Gegenteil: Heute leben etwa 1,7 Millionen Türken in Deutschland und 1,1 Millionen Türkischstämmige. Alle, die seit dem Anwerbestopp einwanderten, nutzten dafür die Regelung des Familiennachzugs: Bis 1973 brauchte der Einwanderer einen Arbeitsplatz, heute reicht ein Trauschein. Bei der Gewährung der Familienzusammenführung glaubte man, dass sie nach wenigen Jahren abgeschlossen sein würde. Kein Politiker rechnete damit, dass in Deutschland lebende Türken auch noch fast 40 Jahre nach dem Anwerbestopp Ehen mit in der Türkei lebenden Verwandten und Bekannten schließen und so immer wieder Einwanderer der ersten Generation ins Land holen würden. Die kulturellen Unterschiede, vor denen Blank warnte, zeigten sich gerade im Heiratsverhalten.

Deutschen Arbeitern ermöglichte die Anwerbung der „Gastarbeiter“ den innerbetrieblichen Aufstieg zu Vorarbeitern, Meistern und Technikern. Den Betrieben brachte sie preiswerte Arbeitskräfte, was aber auch dazu führte, dass Modernisierungen und Investitionen in weniger personalintensive Prozesse unterblieben. In der Rezession der siebziger Jahre waren die ausländischen Arbeitskräfte die ersten, die wieder auf der Straße standen. Das anfängliche Kalkül, dass die Gastarbeiter nur in ihren produktiven Jahren in Deutschland sein und so für ein positives Saldo in den Sozialkassen sorgen würden, ging nicht auf. Es verkehrte sich bei den Kosten für Arbeitslosen- und Sozialhilfe sowie für unterstützende Infrastruktur für die Kinder vermutlich in sein Gegenteil. Den betriebswirtschaftlichen Nutzen billiger Arbeitskräfte hatten einzelne Firmen, die Folgekosten trägt die Allgemeinheit.



Volker KAUDER Foto Matthias Lüdecke

## Richtlinien

„Im Übrigen glaube ich, dass bei so wichtigen Fragen es auch ganz gut ist, wenn das Parlament in großer Breite die Bundeskanzlerin bei ihren Verhandlungen unterstützt“, hat Volker Kauder jetzt über die Euro-EFSF-Debatten verschleiend gesagt. In Wahrheit aber ist es wie einst: Der Hausmeister übernimmt die Macht. Mittels der Mitwirkungsrechte, die sich der Bundestag in Angelegenheiten des Euro erstritten hat, hat er den Handlungsspielraum der Bundesregierung auf das engste beschränkt – in Brüssel wie in Berlin. Über die Wahrnehmung des Haushaltsrechts („Königsrecht“) hat das Parlament die Bundeskanzlerin an die kurze Leine genommen. Die Mehrheit im Bundestag aber organisiert derzeit der 62 Jahre alte Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Er bestimmt die Richtlinien der Politik, und zunehmend übernimmt die Fraktionspitze die Arbeit des Bundeskanzleramtes.

Am Donnerstag vergangener Woche war Kauder bei Angela Merkel im Kanzleramt. Seine auffordernde Anregung, es sei aus Sicht der Abgeordneten der Unionsfraktion zu früh für eine Regierungserklärung, wurde von Frau Merkel übernommen – und der EU-Gipfel hatte seine Euro-Entscheidung zu vertagen. Am Montag dieser Woche sprach Kauder abermals mit Frau Merkel. Die Debatten über die EFSF-Richtlinien seien dermaßen ausgefeuert, sagte er, dass sich die Position nicht mehr halten lasse, der Haushaltsausschuss solle über die „Guidelines“, die nun „Terms of Reference“ heißen, allein entscheiden. Der Bundestag müsse das bestimmen, war Kauders ganz neue Position. Noch am vergangenen Freitag hatten die Abgeordneten von CDU, CSU und FDP einvernehmlich einen Antrag der Grünen auf Parlamentsentscheidung niedergestimmt – aus voller Überzeugung. Am Wochenende begann Kauder mit neuen Überlegungen. Am Montag dann wurde Frau Merkel in den Führungsgremien mit der Bemerkung verstanden, sie trage das mit. Freund und Feind waren überrascht worden. Die politischen Gegner waren rasch einverstanden – schließlich hatte der Mehrheitsführer im Bundestag ihre Haltung übernommen. Die Freunde – Angela Merkel, Rainer Brüderle (FDP) und Gerda Hasselfeldt (CSU) hatten es zu schlucken. Wer, wenn nicht Kauder, könne die Rechte des Parlaments wahren, sagen seine engsten Anhänger. Die Organisatoren des Fraktionsapparats, voran der parlamentarische Geschäftsführer Peter Altmaier, haben nun die Mehrheit zu beschaffen. Sie haben zu erklären, warum der Bundestag abstimmen soll, auch wenn das nicht nötig sei (so Frau Hasselfeldt) und „de jure“ auch nicht erforderlich sei (Altmaier).

Kauder aber macht sich Sorgen über den Zustand der schwarz-gelben Koalition. „Die große Koalition hatte ihre Verdienste. Auf bemerkenswerte Weise ist es Angela Merkel und Peer Steinbrück gelungen, die Finanzkrise 2008/2009 zu bewältigen. Das wird jetzt auch von der christlich-liberalen Koalition erwartet“, sagte er jüngst. Sein Wunsch, es möge Ruhe in die Koalition einkehren, hat sich noch nicht erfüllt. GÜNTER BANNAS

# So viele Bewerber wie noch nie

Bei der Präsidentenwahl in Irland hat ein „schillernder“ Typ die größten Chancen / Von Johannes Leithäuser

LONDON, 25. Oktober  
Einen Tag vor der irischen Präsidentenwahl scheint es so, als seien die vier Millionen Einwohner der Republik Irland bereit, einen Unternehmer an die Spitze ihres Staates zu wählen: Jedenfalls führt in den Umfragen der schillernde Sean Gallagher, ein Selfmademan, der in seinem knapp fünfzig Jahre währenden Leben schon Bauer, Jugendarbeiter, Unternehmensberater, Unternehmensgründer, Geschäftsführer einer Haustechnikfirma und Fernsehjuror in einer Sendung für Existenzgründer war.

Der Präsident der Irischen Republik hat überwiegend repräsentative Pflichten; das Amt ist dem des deutschen Bundespräsidenten vergleichbar – mit dem größten Unterschied, dass das irische Staatsoberhaupt von der Bevölkerung direkt gewählt wird. Die beiden letzten Inhaberinnen der Rolle, Mary Robinson und Mary McAleese, wirkten jedoch über ihre repräsentativen Aufgaben hinaus; die erste modernisierte das Präsidentenamt und setzte damit Zeichen für das ganze Land, die zweite widmete sich der Aussöhnung mit dem britischen Nachbarn – sowohl innerhalb Nordirlands im dortigen Friedensprozess als auch zwischen Dublin und London.

Die steigende Attraktivität des Präsidentenamtes ist nicht der einzige Grund, warum sich dieses Mal mehr Bewerber melden als je in der mehr als siebzehnjährigen Geschichte dieser Institution. Die wirtschaftliche Krise und die folgenden politischen Beben (Abwahl der Fianna-Fail-Regierung im vergangenen Winter) haben den Kandidatenkreis verändert. Es gelang nicht mehr bloß den Bewerbern aus den klassischen Parteimilieus, sondern unabhängigen Köpfen und Repräsentanten neuer gesellschaftlicher Gruppierungen, sich in dem komplizierten Auswahlverfahren

eine Nominierung zu sichern. Im Verlauf des Wahlkampfes zeigte sich freilich bald, dass aus einer großen Kandidatenschar nicht zwangsläufig ein offenes Rennen folgt. Die beiden Frauen im Feld, Mary Davis und Dana Scallan, liegen in den jüngsten Messungen abgeschlagen am Ende: während Davis sich als vielfältig gesellschaftlich engagiert, aber blass und wenig mitreißend zeigte, wurde Scallan eher ihre Buntheit zum Verhängnis, vor allem schadete der einstigen Schlagerkönigin (sie gewann 1970 den Grand Prix d'Eurovision mit dem bezeichnenden Titel „ein

**Der Kandidat der größeren Regierungspartei hat keine großen Aussichten.**

bisschen von allem“) die Nachricht, dass sie sich früher einmal um einen amerikanischen Pass bemüht hatte.

Zu den eher aussichtslosen Mitbewerbern zählt erstaunlicherweise auch der Kandidat der größeren Regierungspartei Fine Gael, Gay Mitchell. Während die Iren offenkundig mit ihrer Koalitionsregierung aus Fine Gael und Labour Party zufrieden sind und Ministerpräsident Enda Kenny (Fine Gael) dank der allmählichen wirtschaftlichen Erholung sogar steigende Zustimmung verbucht, fällt sein Präsidentenwahlkandidat im Wahlkampf durch.

Es gibt eben in diesem Rennen interessantere Köpfe: David Norris beispielsweise, ein ausgewiesener Kenner der irischen Milieubibel „Ulysses“ und gleichzeitig ein bekennender Homosexueller und Streiter für deren Gleichheitsrechte. Norris liegt in den Umfragen im Mittelfeld; er fände wo-

möglich mehr Anhänger, wenn die Bevölkerung die Lage des Landes als unbeschwerter empfände. Stattdessen aber gelang es im Wahlkampf Sean Gallagher, jene Iren, die auf der Suche nach neuen Idolen sind, für sich zu gewinnen. Gallagher schöpft seine Popularität aus der Rolle eines Fernsehrichters in jener Sendung, in der junge Unternehmer ihre Geschäftsideen präsentieren und, je nach Überzeugungskraft, von den Juroren dafür Kapital erhalten. Offenbar hoffen viele Wähler, Gallagher werde die Spürnase, die er im Fernsehen demonstriert, als Staatspräsident irgendwie auf das ganze Land übertragen können.

Die Zustimmung zu dem bullig wirkenden Unternehmertyp Gallagher mit seinem Millimeterhaarschnitt demonstriert durchaus, dass in der irischen Gesellschaft Wagemut und Optimismus von den Krisenjahren nicht dauerhaft beschädigt worden sind. Der Beleg wird noch deutlicher, wenn man Gallaghers Image neben die Botschaften hält, die seine beiden aussichtsreichsten Verfolger im Wahlkampf vermitteln. Michael Higgins, der Kandidat der Labourpartei, ein weißhaariger Großvater, symbolisiert die Solidarität zwischen Arm und Reich und klassische sozialdemokratische Tugenden. Higgins wirbt für sich mit der Ankündigung, er werde auf seine Abgeordneteneuphonie verzichten, wenn er als Staatspräsident besoldet werde. Aber seine Zustimmungsraten stehen aktuell nur bei 25 Prozent (Gallagher erreicht 40 Prozent). Der dritte Kandidat, den die Umfragen (mit 15 Prozent) noch im Rennen sehen, will als Symbol der irischen Einheit wahrgenommen werden. Es ist Martin McGuinness, der bis vor wenigen Wochen ein Regierungsrat außerhalb der Irischen Republik versah. Er repräsentiert die katholisch republikanische Sinn Féin an der Spitze der nordiri-

schen Autonomieregierung in Belfast. Und während McGuinness in dieser Funktion als Stellvertreter Erster Minister in den letzten Jahren Respekt und Anerkennung erntete, ist ihm dieses Wohlwollen im Präsidentschaftswahlkampf bald abhandengekommen. Denn während McGuinness' Vergangenheit in den Terrorkommandos der IRA im nordirischen Milieu von einstiger Konfrontation und gegenseitiger Versöhnung schon lang keine Aufregung mehr verursachte, ist seine Verbindung zur IRA-Gewalt nun in der Irischen Republik überragend zum Kennzeichen seiner Kandidatur geworden. Seine Partei Sinn Féin, die das Bekenntnis zur nationalen Einheit Irlands mit einem orthodoxen Sozialismus verbindet, hatte mit seiner Nominierung einen Coup landen wollen – stattdessen hat die Einheitspartei Fragen über ihre mangelhafte Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit heraufbeschworen.

Zu den Eigenheiten des irischen Präsidentschaftswahlkampfes gehört schließlich, dass die große Schar der Kandidaten die Prozedur der Auszählung deutlich in die Länge ziehen kann. Denn die Iren bestimmen ihr neues Staatsoberhaupt an diesem Donnerstag nach einem Präferenzwahlssystem; nach der Markierung des bevorzugten Kandidaten können die Wähler auf die anderen Bewerber noch Zweit-, Dritt- oder Viertpräferenzen verteilen. Wenn bei Beginn der Auszählung am Freitag keiner der sieben auf Anhieb eine absolute Mehrheit an „Erststimmen“ erreicht, scheidet der Kandidat mit den wenigsten Stimmen aus; die „Zweitpräferenzen“ auf seinen Stimmzetteln werden auf die verbliebenen Bewerber verteilt. Das wiederholt sich, bis ein Kandidat mehr als 50 Prozent Zustimmung verzeichnet.

„Aber sicher investiere ich.“

Immer den aktuellen Marktzins im Visier.  
Mit dem DWS Zinseinkommen.

Suchen Sie in unsicheren Börsenzeiten nicht weiter nach einer geeigneten Geldanlage, informieren Sie sich jetzt. Bei der Deutschen Bank, der Postbank, bei der Deutschen Vermögensberatung sowie bei vielen weiteren Finanzinstituten und -beratern.

» www.DWS.de

GELD GEHÖRT ZUR NR. 1



\*Die DWS/DB Gruppe ist nach verwaltetem Fondsvermögen der größte deutsche Anbieter von Publikumsfonds. Quelle: BVI, Stand: Ende Juni 2011. Den Verkaufsprospekt mit Risikohinweisen und die wesentlichen Anlegerinformationen sowie weitere Informationen erhalten Sie kostenlos bei der DWS Investment GmbH, 60612 Frankfurt am Main. Kostenpauschale bis zu 1,0% p.a. (entsprechend den Vertragsbedingungen im Verkaufsprospekt).

